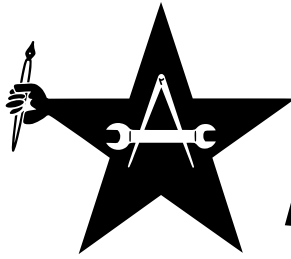


INFORMATIONEN FÜR ALLE MITGLIEDER DER TU BERLIN



AstAinfo²⁹



ALLGEMEINER STUDIERENDENAUSSCHUSS
TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN

NUMMER 29
OKTOBER 2015

Transparent-Trend erfasst die TU Berlin

Siehe Seite 17

Technische Universität Berlin

TU-Infotage
für Schülerinnen und Schüler
2./3. Juni

N8 DIE KLÜGSTE NACHT
DES JAHRES 13. Juni
17-24 Uhr

135

Studium für Geflüchtete
Struktur-Stützungen
Diplom-Härtefälle
Studi-Tarifvertrag

Campus-Cafés in Gefahr
Sputniks erstes Jahr
Müncklers Freiheit
Start-up-Fieber

Klassenfeindin ZurQuelle
70 Jahre Befreiung
Uni goes Blockupy
„Grüne“ Woche

Was ist der AStA?

DER ALLGEMEINE STUDIERENDENAUSSCHUSS, KURZ ASTA, VERTRITT DIE STUDENTISCHEN INTERESSEN AN DER UNIVERSITÄT.

Vor allem hilft der AStA Studierenden dabei, sich zusammenzutun und ihre Rechte gegenüber der Hochschule und anderen Stellen durchzusetzen.



Der AStA führt die Geschäfte der verfassten Studierendenschaft, die ihn über das Studierendenparlament (StuPa) wählt. Die verfasste Studierendenschaft ist im Berliner Hochschulgesetz verankert. Sie wird von den Student*innen selbst finanziert über den Studierendenschaftsbeitrag von 9,10 Euro pro Semester. Dadurch kann der AStA sich viel unabhängiger für Studi-Interessen einsetzen als zum Beispiel Uni-finanzierte Studienberatungen oder parteinahe Studierendenorganisationen.

Intern ist der AStA TU Berlin durch Kollektive strukturiert, in denen Angestellte, Gewählte und andere Aktive auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Einen Großteil davon machen die themenbezogenen Referate aus. Diese bestehen in der Regel aus durch das StuPa benannten Referent*innen und anderen Freiwilligen. Daneben gibt es noch die Service-Kollektive des AStA wie Beratungen, Technikpool und Verwaltung.

Wenn du mehr wissen willst, schau dich doch etwas in diesem AStA-Info um, komm in den AStA-Räumen im TK-Gebäude vorbei oder beehre uns im Internet!

asta.tu-berlin.de

twitter.com/astatu

facebook.com/astatu.berlin

INHALT

2 Was ist der AStA?

3 Wahrheitssuche: Was starten?!

Hochschulpolitik

4 Meldungen: Struktur, Privacy, Exzellenz

5 In der Schwebe: Studium für Geflüchtete!

6 TVStud: 20% schlechtere Bezahlung merkt man

7 Nachspielzeit für Diplom- und Magister-Studis

8 Studi-Cafés: Den aktiven Campus verteidigen!

10 Befreiung: 70 Jahre Sieg über Faschismus

11 Sputnik: Ein erstes Jahr im StuPa

Debatte

12 Wirbel: Meinungsfreiheit, Münklerfreiheit.

14 Recht auf Wohnen oder Recht auf Gewinn?

15 ZurQuelle: Die Klassenfeindin ist da.

Uni-Übersteigend

16 Blockupy: Was nicht ist, ist möglich!

18 Frauen*-Referat: Ganz schön Fref?!

19 Rückblick: „Grüne“ Woche demaskieren!

Dieses Jahr schwappt eine Start-up-Euphorie durch die Berliner Politik. Auch die TU Berlin ist mit dabei, immerhin kommen von hier viele treibende Kräfte der Berliner Start-up-Szene.

Wie bei Hypes üblich lassen alle möglichen Leute alles Mögliche unter demselben Schlagwort „Start-up“ laufen. Wahlweise geht es um die aufstrebende „Digitalwirtschaft“, um wachstumsorientierte Unternehmen mit innovativen Geschäftsideen oder schlicht um alle Unternehmensgründungen, die zufällig in irgendeiner Statistik auftauchen.

Die Blase

Als eines der Haupt-Indizien für das Anbrechen des Berliner Start-up-Zeitalters gilt, dass zunehmend Risikokapital nach Berlin fließt. Laut *Ernst & Young* pumpen Venture-Capital-Gerber*innen im 1. Halbjahr 2015 insgesamt 1,45 Milliarden Euro in aufstrebende Berliner Unternehmen. Im gesamten Vorjahr seien es nur 882 Millionen Euro gewesen. Der Vergleich zum Silicon Valley mit seinen 23 Milliarden Euro Jahres-Risikokapital-Investitionen (2014) ist zwar immer noch gewagt, aber in aller Munde.

Das liegt allerdings nicht nur an den vielen coolen Start-ups in Berlin, sondern an einer globalen Finanz-Dynamik: Anfang 2015 führte CB Insight in seiner Liste der „Einhörner“ 53

mangelnde Nachfrage oder schlechtes Zusammenspiel der Gründer*innen zurückgeführt. Mit anderen Worten fällt den Leuten auf, dass sie ihre Jugend in ein Projekt verschwendet haben, das niemand will, und dann kratzen sie einander die Augen aus.

Der Fetisch

Die Start-up-Kultur ist schwerwiegend fetischisiert. Ein Kult um Unternehmergeist und Kreativität versperrt den Blick auf die realen ökonomischen Verhältnisse.

So wird erstens zwar Innovativität gefeiert – doch erfolgreich sind letztlich Unternehmen wie Zalando: eine mit Steuer-millionen geförderte Kopie des amerikanischen Versandhändlers Zappos mit unmenschlicherem Antlitz.

In der Start-up-Welt wird zweitens Wachstum verherrlicht. Denn ohne explosionsartiges Wachstum kommt man nicht an die Risikokapital-Millionen, die man zum Durchstarten benötigt. Dadurch bewegen sich Geschäftsideen oft nur in einem überschaubaren Feld mit einem Schwerpunkt auf ToDo-Listen-Apps, Map-Diensten und Onlineshops mit inspirierendem PR-Material.

Der Gründungsfetisch und die „neuen“ Geschäftsideen gehen drittens mit einem beständigen Neu-Erfinden des Rads einher. Was sich wie Kreativität anfühlt, ist oft objektiv betrachtet, Dummheit und Verschwendung menschlicher Lebenszeit.

Was starten?!

WEM NÜTZT ES, AUF DER START-UP-WELLE ZU REITEN? EINSCHÄTZUNG DER LANGZEITSTUDIS GG. STUDIENGEBÜHREN

aufstrebende Nicht-Börsen-Unternehmen, die durch Wagniskapital-Druck jeweils auf über eine Milliarde US-Dollar bewertet wurden. Bis Ende August 2015 haben sich die Einhörner mehr als verdoppelt auf 132 mit einer Gesamtbewertung von 488 Milliarden Dollar. Der globale Markt ertrinkt in Venture-Capital und dessen Unternehmenswertphantasien.

Wenn man also keinen sehr guten Plan hat, wie man von der immanenten Implosion der Start-up-Blase profitieren wird, sollte man vermutlich nicht in Start-ups investieren – schon gar nicht in solche, deren Produkte sich an andere Start-ups richten...

Die Studis

Zum Glück sind wir keine Investor*innen, sondern Studis.

Einige von uns Langzeitstudis haben bereits so Späße wie die Dotcom-Blase miterlebt. (Es ist sehr schade, dass die ganzen Online-Versandhändler damals nicht wie erwartet gewachsen sind – Berlin wären viele der lämen Shopping-Center erspart geblieben...) Eigentlich ist es recht spannend, in so aufstrebenden Unternehmen mitzuspielen, auch wenn viele scheitern werden.

Je nach Start-up-Definitionen haben nur zwischen 5% und 50% der Start-ups Erfolg. Der Misserfolg wird normalerweise auf

Die Ausbeutung

Der Erfolg von süßen Start-ups bleibt meist davon abhängig, wie bereits existierende große Player sie gebrauchen können. Investieren sie, weil sie bei einem sehr ähnlichen Start-up nicht rechtzeitig eingestiegen sind? Oder wollen sie einen Konkurrenten bedrängen? Oder ist es für sie schlicht billiger und risikoärmer gewesen, ein Team mit einem Projekt zuzukaufen, als selbst eine Abteilung dafür aufzubauen?

Wer die eigene Arbeitskraft und Kreativität in ein Start-up steckt, macht sich letztlich zum Depp des Kapitals und darf sich dabei frisch und unabhängig fühlen. Die kleinen und großen Ideen hingegen, die die Welt nachhaltig zum Besseren verändern, bleiben unvermarktbar.

Gerade während des Studiums bietet es sich an, mit Freund*innen „Slow-downs“ statt „Start-ups“ aufzubauen: Soziale Zusammenhänge und Projekte, die nicht darauf ausgelegt sind, sich zu verbrennen. Zum Beispiel Wohngemeinschaften, Familien, Hacker-Spaces, Open-Source-Projekte Polit-Inis oder Studi-Cafés – was sich euch halt so aufdrängt.

Wer Dinge wirklich wachsen sehen will, sollte nicht auf die Logik kommerzieller explosionsartiger Expansion setzen.



Bild: CC BY 2.0 Wayne Truong

Struktur-Stutzungen

TU BERLIN KÜRZT FACHGEBIETE UND TECHNISCHES PERSONAL WEG.

Der Akademische Senat der TU Berlin hat am 13. Mai 2015 die Streichung mehrerer Fachgebiete im Strukturplan 2015 beschlossen. Die studentischen Vertreter*innen stimmten gegen den Beschluss oder enthielten sich, da die Auswirkungen aufs Lehrangebot nicht geprüft wurden. Auch das Kuratorium war nicht angetan.

Die Kürzungen treffen vor allen Dingen die Fakultäten III (Prozesswissenschaften), V (Verkehrs- und Maschinensysteme) und VI (Planen Bauen Umwelt), also diejenigen Fakultäten mit starkem Ingenieurswesen- und Nachhaltigkeitsbezug. Naturwissenschaften, Informatik und kapitalistische Glaubenslehre¹ profitieren bis hierhin eher von der Umverteilung. Die Kürzungen waren notwendig geworden, um in der Vergangenheit bei mangelnder staatlicher Finanzierung planlos für Drittmittel eingegangene Verpflichtungen aufzufangen und um in Zukunft mehr Luft für solche Deals zu haben.

Weitere Einschnitte für die Fakultäten, besonders beim technischen Personal, sind für Ende des Jahres im Gespräch.

» asta.tu-berlin.de/aktuelles/protokollerkl-rung-zum-strukturplan-2015

¹ Bezeichnung von Fakultät VII per Studierendenparlaments-Beschluss vom 26. November 2014 ;)

TU Berlin goes Post-Privacy

E-MAIL-VERSAND DER RÜCKMELDEAUFFORDERUNGEN GERÄT ZUM DATEN-GAU.

Man öffnet am 29. Mai 2015 nichts-ahnend das Mail-Postfach und sieht: Ah, die TU Berlin hat mir eine Rückmeldeaufforderung fürs Wintersemester 2015/16 geschrieben. Aber warum ist die E-Mail 6 Megabyte groß?!

Die TU Berlin wollte ein ganz besonders cleveres Skript für den Mail-Versand schreiben, das für jede*n Studi eine individuelle Mail erstellt mit Anschrift und Daten wie anstehenden Zwangs-Exmatrikulationen oder nachzuweisendem Status nach Schwerbehindertengesetz.

Dabei wurde übersehen, dass das selbst-gebastelte Programm statt verschiedenen eine stetig wachsende Mail produzierte. Das heißt: Die erste angeschriebene Person bekam nur ihre Mail, die zweite die Mail der ersten Person plus ihre eigene, die dritte dann noch ihr Anschreiben dazu und so weiter. Wie bei Ich-Packe-meinen-Koffer, nur eben mit teils sensiblen personenbezogenen Daten drin. Als der Versickungsprozess bei Person 1838 gestoppt wurde, erhielt diese also die Daten der vorangegangenen 1837 Studierenden.

Die tubIT hat sich für das fehlerhafte und unzureichend getestete Programm entschuldigt. Datenschutzbeauftragte und Studis waren *not amused* – die Kommentator*innen auf Heise und co dafür schon.

» asta.tu-berlin.de/presse/datenpanne-tubleed

Exzellenz-Zirkus eröffnet

POLITIK BEGINNT VORSCHNELL DISKUSSION ZUR NEUEN EXZELLENZ-INITIATIVE. HOCHSCHULEN DREHEN AM RAD.

Es ist beschlossene Sache, dass die Exzellenz-Initiative 2017 in eine neue Runde gehen wird. Ursprünglich sollte ihre neue Ausgestaltung erst nach dem Vorliegen von Evaluationsergebnissen Anfang 2016 geklärt werden. Doch SPD und CDU eröffneten schon im Sommer den Kampf zwischen projekt- und hochschulbezogener Förderung.

Auch die Hochschulen bringen sich in Stellung.

So nahm die HU Berlin ihre aktuellen Exzellenz-Mittel in die Hand, um im Juni 2015 mit einer Podiumsdiskussion Einfluss auf die Debatte über die kommende Verteilung zu nehmen.

Unterdessen entwickelt die TU Berlin derzeit 14 Ideenskizzen für Exzellenz-Projekte ins Blaue.

Während die Hochschulen also vorausseilend um ihre Millionen bangen, scheinen bisher nur die Verhältnisse für die Wissenschaftsfunktionär*in im DFG-Umfeld gesichert.

Henning Grüter
@keksbaecker

@TUBerlin wie schützt DAS denn vor dem Weiterverkauf des Semestertickets? Kann mir das jemand erklären? cc @astatu



RETWEET 1 FAVORITEN 4
20.33 - 27. Aug. 2015

Antwort an @keksbaecker @TUBerlin

R. Brecher @R_Brecher · 21 Std.
@keksbaecker @astatu @TUBerlin Gar nicht! Und sobald die Verkehrsbetriebe das spitzkriegen, darf man noch eine weitere Bescheinigung mitführen

Henning Grüter @keksbaecker · 41 Std.
@R_Brecher Ja, das sehe ich auch schon kommen und dahin darf man das Semester lang die komplette A4-Seite mit sich herumtragen.

Tim @Timmeeyy · 12 Std.
@keksbaecker @astatu @TUBerlin Wie? Das war nicht nur dafür gedacht den Studenten damit mehr auf die Nerven zu gehen?

Max, DG1TAL @DG1TAL · 21 Std.
@keksbaecker @astatu Einfach zu Semesterbeginn je Student eine Urinprobe beim VBB hinterlegen und bei der Kontrolle Vergleichsproben nehmen.

Twitter-Debatte über neue Imma-Bescheinigungen und VBB (vgl. Randspalte Seite 5)



Bild: CC BY-SA 3.0 Haefert

Studium für Geflüchtete!

BERLINER HOCHSCHULEN MÖCHTEN GEFLÜCHTETEN EIN STUDIUM ERMÖGLICHEN. ALLERDINGS STELLT SICH NOCH INNENSENATOR HENKEL IN DEN WEG. TEXT: ÖFFENTLICHKEITSREFERAT

In den kommenden Semestern sollen die Studienmöglichkeiten für in Berlin lebende Geflüchtete ausgebaut werden. Bisher war das am Widerstand von Frank Henkels (CDU) Innensenat gescheitert. Die Hochschulen arbeiten nun an Programmen.

Noch im Mai 2015 berichtete der Tagesspiegel, Berlin besitze die restriktivste Verwaltungspraxis aller Bundesländer, was die Möglichkeiten von Geflüchteten betrifft, ein Studium aufzunehmen. Zwar gebe es kein entsprechendes Gesetz, jedoch sei ein Studium für Ausländer*innen ohne geklärten Aufenthaltsstatus von Seiten der zuständigen Verwaltungsstellen – der Innenverwaltung und der Ausländerbehörde – schlicht nicht vorgesehen.

Um das zu ändern, regten Wissenschaftssenatorin Sandra Scheeres und Integrations-senatorin Dilek Kolat (SPD) im Mai 2015 Studienmöglichkeiten für Geflüchtete an. Doch Frank Henkel (CDU), von dessen Weisung als Innensenator die Erlaubnis zum Studium für die Betroffenen abhängt, sah keinen Bedarf. Im Antwortschreiben Anfang August 2015 ist die Rede von „erhebliche Kosten“ für die Allge-

meinheit, denen kein „integrationspolitischer Ertrag“ gegenüberstehen würde.

Umso überraschender kam dann Mitte August 2015 die Wende. Im Flüchtlingskonzept des Senats heißt es: „Die Aufnahme eines Studiums soll zukünftig nicht mehr aufenthaltsrechtlich untersagt werden.“ Zur Zeit des Redaktionsschlusses des AStA-Infos gab es noch Unstimmigkeiten, inwiefern sich Henkels Innensenat wirklich an die neue Vereinbarung halten wird.

Henkel hin oder her haben die Hochschulen schon begonnen, Programme aufzulegen. Die TU Berlin richtet zum Wintersemester 2015/16 „In(2)TU Berlin“ ein. Dieses ermöglicht Geflüchteten das Belegen von Lehrveranstaltungen auch bei ungeklärtem Aufenthaltsstatus ohne bürokratische Zulassungshürden. Vorbild ist das „IN-Touch“-Programm der Uni Bremen.

Wenn Henkel locker lässt, können Geflüchtete nächstes Jahr hoffentlich auch als ordentliche Studierende immatrikuliert werden. Auf dem Weg dahin muss noch vieles geklärt werden, z.B. was zu tun ist, wenn Zeugnis-Dokumente bei der Flucht zurückgelassen wurden.



Semester-Ticket plus Immatrikulations-Bescheinigung

Seit dem Sommersemester 2015 müssen TU-Studierende bei Fahrausweiskontrollen zusätzlich zu ihrem Studierendenausweis mit Ticketaufkleber auch eine aktuelle Immatrikulationsbescheinigung vorzeigen, weil der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) Ticket-Weiterverkauf eindämmen will. Der AStA informierte darüber mit einem Schwerpunkt im AStA-Info #28 sowie mit Postkarten und konnte eine Kulanz-Phase des VBB im Mai 2015 für euch rausholen.

» asta.tu-berlin.de/semrix2015



Kontrolleur*innen irren sich über Gültigkeit mancher Imma-Bescheinigungen

Die TU Berlin stellte im letzten Semester sehr viele verschiedene Arten von Bescheinigung über eine Immatrikulation aus. Die Nahverkehrsbetriebe waren von dieser Vielfalt überfordert und akzeptierten offizielle TU-Bescheinigungen nicht, wenn ihnen die Farbe nicht türkis genug war oder „Studienbescheinigung“ statt „Immatrikulations-Bescheinigung“ draufstand. Mit den neuen Imma-Bescheinigungen der TU zum Selber-Ausdrucken sind weitere Unstimmigkeiten absehbar. Solltet ihr von solchen Fehleinschätzungen der Kontrolleur*innen betroffen sein, meldet euch im Semesterticketbüro!

» asta.tu-berlin.de/semrix

20% schlechtere Bezahlung merkt man schon

DER LOHN FÜR STUDENTISCHE BESCHÄFTIGTE HAT SICH SEIT 12 JAHREN NICHT MEHR VERBESSERT. ES WIRD ZEIT, DARAN ETWAS ZU ÄNDERN. TEXT: TARIFVERTRAG-ORGAGRUPPE TU BERLIN

Studentische Beschäftigte sind aus der TU Berlin nicht mehr wegzudenken. Sie schmeißen die Orientierungsveranstaltungen für Erstsemester, Tutorien, Praktika, Übungen, Projekte für Studierende und selbstorganisierte Projektwerkstätten. Auch und gerade Studis empfinden die von anderen Studis durchgeführten Veranstaltungen häufig als die sinnvollsten und effektivsten. Viele Dienstleistungen, wie die Studienberatung, das Campus-Center und PC-Pools, werden von studentischen Angestellten getragen. Kurz: Ohne ihre über 2500 studentischen Beschäftigten würde die TU Berlin nicht mehr funktionieren.

Die Arbeitsverhältnisse der studentischen Beschäftigten in Berlin gelten als vergleichsweise gut. Dafür sorgt der Tarifvertrag „TV Stud II“. Sein erster Vorläufer wurde 1980 nach langem Tarifikampf zwischen den Gewerkschaften und dem damaligen öffentlichen Arbeitgeberverband geschlossen. Der TV Stud II garantiert gleiche und verlässliche Arbeitsbedingungen und -standards an allen Berliner Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Er regelt eine Bezahlung von 10,98 Euro pro Stunde, eine Regelvertragslaufzeit von 4 Semestern, eine Mindestarbeitszeit von 40 Stunden im Monat sowie Urlaubsanspruch und viele weitere wichtige Punkte. Studentische Beschäftigte in anderen Bundesländern können von solchen Bedingungen oft nur träumen.

Doch seit Jahren verlieren TV-Stud-II-Beschäftigungsverhältnisse an Attraktivität. Die letzte positive Vertragsveränderung fand im Jahr 2003 statt. Seitdem haben die Hochschulen das Weihnachtsgeld für studentische Beschäftigte gestrichen, während die Stundenlöhne gleich blieben. Konnte man damals von einer 40-Stunden-Stelle halbwegs den Lebensunterhalt bestreiten, frisst heute schon die explodierende Berliner Miete den Großteil solch eines Gehalts auf. Um die Inflation seit

2003 auszugleichen, müsste die Bezahlung heute bei über 13,20 Euro pro Stunde liegen. Um die alte Weihnachtsgeld-gesteigerte Kaufkraft zu erreichen, müssten es über 14 Euro sein!

2011 wurden die Hochschulen bei der Neuordnung der Berliner Tarifvertragslandschaft zu Tarifverhandlungen verpflichtet. Doch diese scheiterten, da die Hochschulen kein verhandelbares Angebot gemäß den vorherigen Absprachen vorlegten. Die studentischen Beschäftigten waren damals nicht gut genug organisiert, um die Hochschulen zu einem besseren Angebot zu treiben.

Seitdem ist wieder jahrelang nichts passiert.

Inzwischen hat selbst das Kuratorium, so etwas wie der Aufsichtsrat der TU Berlin, die Universitätsleitung mehrmals aufgefordert, die TV-Stud-Arbeitsbedingungen zu verbessern. Bisher konnte sich die TU-Leitung darauf herausreden, dass die anderen Berliner Hochschulen solche Initiativen blockieren würden. Doch inzwischen scheint Vergleichbares ja zu klappen: Immerhin zogen Anfang 2015 alle Hochschulen schnell an einem Strang, um die Prof-Grundgehälter mal eben um rund 500 Euro pro Monat anzuheben...

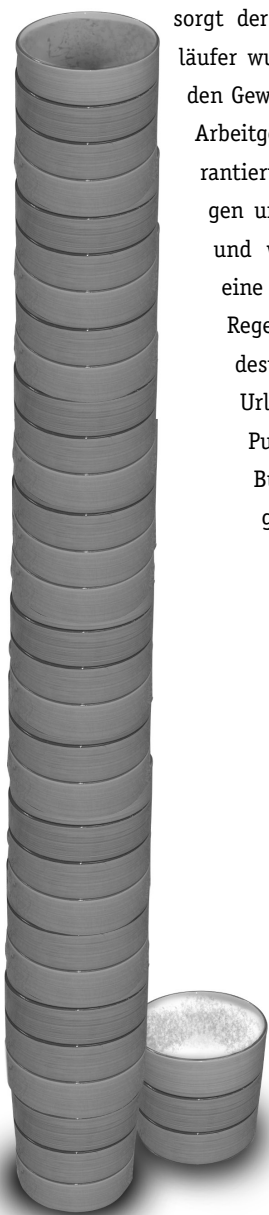
Im Zuge der Kuratoriumsbesprechung am 27. März 2015 hat die Universitätsleitung vorgerechnet, dass jedes Prozent Lohnerhöhung bei studentischen Beschäftigten Mehrkosten in Höhe von rund 100.000 Euro pro Jahr bedeuten würde. Bei einem Haushaltsvolumen von über 600 Millionen Euro sind ein paar Prozent Zuwachs also durchaus verkraftbar.

Vor diesem Hintergrund haben in den Gewerkschaften ver.di und GEW organisierte sowie andere studentische Beschäftigte begonnen, eine neue Tarifikampagne auf die Beine zu stellen. Aktuell sind die Vorbereitungen für die Kampagne weit fortgeschritten und im Wintersemester soll es richtig losgehen. Infos sowie Termine zur Kampagne unter:

» <http://tvstud.de>

2003 bekam man als Studi in der TU-Mensa für den Lohn einer Stunde (10,98 Euro) ganze 31 Creme-Suppen (0,35 Euro pro Portion). Mit Weihnachtsgeld effektiv sogar drei weitere pro Arbeitsstunde.

2015 erhält man in der TU-Mensa für 10,98 Euro nur noch 20 Creme-Suppen (0,55 Euro pro Portion). Insgesamt also 11 bis 14 Suppen Kaufkraft-Verlust!



Nachspielzeit für Diplom- und Magister-Studis

TEXT: HOCHSCHULBERATUNG

Im Rahmen des sogenannten Bologna-Prozesses wurden die hiesigen Studiengänge im letzten Jahrzehnt von Diplom- und Magister- auf Bachelor- und Masterabschlüsse und Studienordnungen umstrukturiert. Für neue Studierende bringt das einige Unannehmlichkeiten für die Studierenden wie z.B. Einschränkung der Studienfreiheit, Ausrichtung der Studiengänge auf vermeintliche Unternehmensanforderungen und kleinteilige Prüfungen bei stark gestiegenem Lernstoff pro Vorlesung. Für ältere Studis bedeutet es vor allem die Abschaffung ihrer Diplom- und Magisterstudiengänge. Darum setzen die Unis Fristen fest, zu denen die Diplom/Magister-Studierenden ihren Abschluss „fertig“ haben müssen oder die Möglichkeit zum Abschluss endgültig verlieren.

Das Dokument, in dem diese Fristen festgehalten sind, heißt kurz „Auslaufsatzung“. An der TU laufen dadurch zwischen 2014 und 2020 jedes Jahr mehrere alte Studiengänge aus. Eine Möglichkeit, nach der Frist noch die letzte offene Prüfung abzulegen oder die Abschlussarbeit einzureichen, gab es bisher nicht. Krank geworden? Unfall? Prüfungsergebnis irgendwo im Uni-Apparat verloren gegangen? Egal! „Sie können ja in einen Bachelor wechseln“, war die verständnislose Empfehlung der Univerwaltung.

Somit standen diese harten Fristen in deutlichem Widerspruch zu §126 (5) des Berliner Hochschulgesetzes. Dort wird klar gefordert, dass die Auslaufristen der alten Studiengänge die besonderen Lebensumstände der Studierenden berücksichtigen müssen.

Auf Initiative des AStA gab es diesen Sommer für die Studierenden einen Erfolg gegen die unbarmherzige Regelung. Nachdem einige, die von der restriktiven Frist betroffen waren und denen daher drohte, dass sie ihr kurz vor Abschluss stehendes Studium nicht beenden können, ratlos in der AStA-Hoch-



schulberatung aufschlugen, hat der AStA einen Antrag im Akademischen Senat (AS) eingebracht. Beim Akademischen Senat handelt es sich um das zentrale Gremium der akademischen Selbstverwaltung an der Uni.

Nach Vertagungen, Änderungsanträgen, Gesprächen mit der Univerwaltung und einer positiven Empfehlung der Kommission für Lehre und Studium hat der AS einen Kompromiss beschlossen. Dieser bleibt zwar in Teilen hinter dem ursprünglichen Entwurf des AStA zurück. Dennoch ermöglichen die Änderungen an der Auslaufsatzung denen, die aufgrund von Krankheit, Pflege, Kinderbetreuung oder sonstiger „höherer Gewalt“ ihre letzte Prüfung nicht vor der Frist ablegen konnten, zu Ende zu studieren.

Am 9. Juli 2015 ist die Härtefallregelung für auslaufende Diplom- und Magisterstudiengänge in Kraft getreten.

Wenn ihr in einem auslaufenden Studiengang seid, könnt ihr nun einen Härtefallantrag bei eurem Prüfungsausschuss stellen und die Frist zur Prüfungsablegung verlängern lassen. Falls ihr Unterstützung beim Schreiben des Antrags möchtet, hilft euch gerne die AStA-Hochschulberatung!

» asta.tu-berlin.de/aktuelles/diplom-magister-haerterfallregelung

Hochschulpolitik – musst du mögen, aber lohnt sich.

Prüfungen werden unnachvollziehbar bewertet, Workloads stehen in keinem Verhältnis zu den LP des Moduls, parallele Pflichtmodule und -praktika machen den Studiengang praktisch unstudierbar, Prüfungsausschüsse treffen willkürliche studierendenfeindliche (und manchmal offensichtlich rechtswidrige) Entscheidungen, unsinnige Hürden für ausländische Studierende, zu wenig Studienplätze, überforderte Profs werden ausfallend... Sowas gibt's an jeder Uni. Aber manchmal wehrt man sich dagegen und hat Erfolg:

Malus-Punkte in die Tonne

Malus-Punkte, also das Abziehen von bereits erlangten Punkten für folgende falsche Antworten, werden nach einer vom AStA unterstützten erfolgreichen Klage in der TU abgeschafft. Auch die bloße Ankündigung, in einer Prüfung würden Maluspunkte vergeben, ist unzulässig. Es muss Wissen und nicht Risikobereitschaft geprüft werden. Der Maluspunktequatsch beeinflusst ungerechtfertigt euer Antwortverhalten. Die TU hat mittlerweile einen Rundbrief an die Fakultäten geschrieben und sie aufgefordert die Maluspunktepraxis einzustellen.

Beratung gestartet

Jeden Monat gibt es jetzt eine gewerkschaftliche Beratung für studentische Mitarbeiter*innen und prekär Beschäftigte.

» asta.tu-berlin.de/service/sozialberatung/gewerkschaftliche

Pech haben und trotzdem das Diplom abschließen

Diplom- und Magisterstudis mit Härtefällen haben nun die Möglichkeit zu Ende zu studieren. Mehr dazu im nebenstehenden Text.



Wo waren wir stehen geblieben?

In der letzten Ausgabe des ASStA-Info (Nummer 28, April 2015) schrieb das Referat für Initiativenkoordination:

„Der Campus kann mehr sein als nur ein Ort, an dem Vorlesungen stattfinden, Menschenmengen den Zugang zu Mensa und Prüfungsamt verstopfen und jede*r nur den schnellsten Weg zurück nach Hause sucht.“

In dieser Ausgabe setzt die MLBB das Thema fort (siehe Artikel).

**Online-Campus-Plan**

Auf der Homepage des ASStA TU Berlin findet ihr eine interaktive Karte mit den wichtigsten studentischen Orten auf dem Campus.

» asta.tu-berlin.de/campusplan

**ASStA-Kalender 2015/16**

Als Wegweiser durch das Studi-Leben an der TU Berlin können wir euch auch den ASStA-Kalender empfehlen. Neben viel Raum für eure Notizen bietet dieser Übersichten zu Anlaufstellen, Lernräumen, Inis und mehr.

Erhältlich ist der ASStA-Kalender im ASStA-Büro im TK-Gebäude.

Den aktiven Campus verteidigen

DER TU-CAMPUS IST ETWAS BESONDERES DANK SELBSTORGANISierter STUDENTISCHER KULTUR. ES MUSS VERHINDERT WERDEN, DASS DIE VERWALTUNG DIESE FREIRÄUME PLATT MACHT. TEXT: MARXISTISCH-LUHMANNISTISCHE BILDUNGSBRIGADE (MLBB)

Auf den ersten Blick wirkt der Campus der TU Berlin vielleicht wie jeder andere auch. Aber: Als Student*in kann man hier auch außerhalb von Mensen, Vorlesungssälen und Seminarräumen viele interessante Projekte und Orte entdecken, die so nicht überall zu finden sind.

Der aktive Campus

„Studentische Selbstorganisation“ heißt das Stichwort und es ist nicht schwierig, fündig zu werden. Sowohl Süd- als auch Nordcampus haben eine aktive Studierendenschaft, die sich in Freiräumen um das Wohl der Studierenden und die politische Meinungsbildung und Teilhabe kümmert. Zu erwähnen sind an dieser Stelle die vielen selbstverwalteten Cafés mit ihren bunten Kollektiven: Café Planwirtschaft, Atomic Café, Café Erdreich, Café A, Café Shila, i-café, Café ZurNullstelle, Café TelQuel.

Hier gibt es Kalt- und Heißgetränke, entspannte Couches, Snacks, Kicker, Beamer, Selbstorganisation, Partys und viele kreative Aktionen und Veranstaltungen. Natürlich bestehen neben den Cafés auch zahlreiche Möglichkeiten, die Zeit auf dem Campus anders zu verbringen, als das in Studienverlaufsplänen geschrieben steht. Einige Initiativen für die verschiedenen Fachrichtungen haben ihre Räume auf dem Campus, es gibt ein sehr aktives ASStA-Kollektiv, eine Fahrradwerkstatt, eine Umsonstlädin, das EB104, das Energieseminar und die Zwillie, in denen verschiedene Veranstaltungen geplant werden können. Hier findet zum Beispiel auch selbstorganisierter Deutschunterricht für Geflüchtete statt.

Ihr seht vielleicht das Muster – der Campus und engagierte Studierende sind aktiv in

verschiedenen Formen und schaffen es so, dem grauen Universitätsalltag etwas entgegenzusetzen. Ziemlich sicher haben wir hier auch einige coole Projekte und Räume zu erwähnen vergessen. Wir wollen deren Arbeit damit nicht diskreditieren und bitten schonmal um Verzeihung. Es gibt nur einfach so viel zu entdecken und mitzugestalten!

Wie Studi-Cafés 2012 überlebten

Dass das alles keine Selbstverständlichkeit ist, haben wir aus verschiedenen Gesprächen mit externen Studierenden erfahren. Doch auch die



Lernen im Mathe-Café „Zur Nullstelle“ (MA 844)

Geschichte unseres Campus und der Universität haben gezeigt, dass immer wieder die studentische Selbstverwaltung in Cafés und Initiativen bedroht wird.

So wäre 2012 beinahe das Café Shila unter die Räder gekommen: Am 13. September 2012 teilte das universitäre Flächenmanagement dem Café Shila per Mail mit, seine „Räume müssen ganz kurzfristig entzogen werden“. Bis zum 5. Oktober müsse das Shila geräumt sein. Was dann noch in den Räumen sei, werde entsorgt. „Wahrscheinlich“ stünden (sehr kleine) neue Räume in einem Container zur Verfügung. Die Universität brauche unbedingt genau die Shila-Räume, um sie in Büros umzuwandeln und als Ausweichräume für andere von Baumaß-

nahmen Betroffene einzusetzen. Dass das ganze Manöver das Ende eines etablierten studentischen Raums bedeuten könnte, schien die Verantwortlichen in der Verwaltung nicht weiter zu kümmern.

Innerhalb weniger Tage solidarisierten sich hunderte Studierende mit dem Shila. Die Verwaltung antwortete in einem Telefonat am 20.9. mit Drohungen: „Je größer ihr euch macht, desto weniger Chancen habt ihr.“ Nachdem der ganze Vorgang über Unterschriftenlisten, AStA- und Gremienumfeld bis ins Präsidium der Uni eskaliert war, drehte sich der Wind: Am 25.9. zog die Verwaltung die Räumungsaufforderung zurück. Es sei aufgefallen, dass der Umbau des Shilas zu Büroflächen zu teuer sei, und man suche jetzt andere Flächen für die Ausweichräume.

Das Engagement des Shila-Kollektivs und befreundeter Menschen hat gezeigt, dass die Verwaltung nicht jeden Raum widerstandslos beanspruchen kann. Die Studis sind nicht bereit, Platz zu machen, wenn die Universität ihre Freiräume einschränken möchte.

Im Sommer 2014 zog das Shila dann vorübergehend einvernehmlich wegen Baumaßnahmen doch in einen Container,



um im Sommer 2015 wieder in frisch sanierte Räume zurückzukehren. Auf der Semesterabschlussparty 2015 nahm somit die E-Sanierung-vs-Shila-Affäre ihren glücklichen Abschluss.

Mehr zur verhinderten Räumung könnt ihr bestimmt am Tresen im Café Shila erfahren, dort findet ihr (wie in allen anderen Cafés, soweit wir wissen)

auch Mate und Kaffee für den anstrengenden Uni-Alltag.

2012 war ohnehin eine bewegte Zeit für studentische Räume an der TU Berlin.

Zum Ende des Jahres wurde das Franklin-Gebäude (FR) entmietet. Viele Initiativen wie die Freitagsrunde, die studentische Sprach- und Kulturbörse und das i-café mussten sich nach neuen Räumen umschauen. Anfang 2012 weigerte sich die TU, dem i-café Räume in den Ersatzgebäuden fürs FR (MAR und FH) zuzuweisen. Das i-café war mit seiner prominenten Lage im FR-Eingangsbereich seit seiner Gründung im Studi-Streik 1988/89 einer der zentralen Orte des studentischen Lebens auf dem Nordcampus. Aber viele Leute legten ein Wort fürs i-café ein und so lebt es heute im FH 304/305 weiter.

Aktuelle Situation

Im Juni 2015 sah sich das WiWi-Café (Wirtschaftswissenschafts-Studis und Freund*innen) damit konfrontiert, dass sie ihre Räumlichkeiten abgeben sollten.

Die Universitätsverwaltung war der Meinung, dass in den Trakt im EB-Gebäude besser Büroräume reinpassen würden. Denn für die Einführung des digitalen „Campusmanagementsystems“ brauche man vorübergehend sehr viele Räume für bis zu 80 Angestellte von SAP und co. Temporäre Raumbedarfe schienen also wieder wichtiger als jahrelang etablierte studentische Selbstverwaltungsstrukturen.

Dem kann nur widersprochen werden – und das hat das Kollektiv auch getan. Um auch bei dieser akuten Bedrohung des Raumverlusts nicht ganz alleine agieren zu müssen, haben sich die Betrei-

ber*innen entschlossen, einzuladen und gemeinsam Lösungen zu finden, um die Räumung zu verhindern. So kam es, dass im Sommer 2015 viele aktive Initiativen,



Wiedereröffnungsfeierlichkeit im Café Shila (E 25)

Cafés und solidarische Kollektive im WiWi-Café saßen, um sich zu vernetzen. Das fanden wir spitze. Jetzt gilt es, auch an dieser Stelle (im EB 302) zu zeigen, dass wir als aktive Studierende für den Erhalt der Cafés eintreten.

Ausblick

Durch die Auseinandersetzungen entstehen Strukturen, die in Zukunft genutzt werden können, um das breite Angebot der Studierenden für die Studierenden weiterhin aufrecht zu erhalten oder sogar auszudehnen. Denn es gibt ja nicht nur schlechte Nachrichten. Das Café Shila ist nach einer langen Durststrecke wieder in ihre alten Räumlichkeiten hinter dem Mathe-Gebäude zurückgekehrt. Die frisch renovierten Räume sind schick, der Außenbereich sowieso duftend und der kleine Konzertsaal glänzt auch wieder. In direkter Umgebung wird auch ein neuer Lernraum entstehen, damit nicht zwischen den Gängen in den Gebäuden um die Steckdosen konkurriert werden muss.

Wer Lust hat, neben Statistik, Ana I, Methoden, Energie-Impuls-Stofftransport II und anderen quälenden Veranstaltungen den unkommerziellen Campus lebenswerter zu machen, Kaffee auszuschlecken, hinter den verschiedenen Tresen der Cafés einen Beitrag mit der eigenen Arbeitskraft zu leisten, viele nette Menschen und Selbstverwaltung kennenzulernen – naja, wir haben die Möglichkeiten ja schon erwähnt. ;)

Eure Campus-Fans von der MLBb

70 Jahre Sieg über den Faschismus in Charlottenburg

IM MAI 1945 BEFREITEN POLNISCHE UND SOWJETISCHE SOLDAT*INNEN CHARLOTTENBURG UND DEN TU-CAMPUS VOM FASCHISMUS. DAS DARF NICHT VERGESSEN WERDEN, SAGEN DIE REFERATE FÜR HOCHSCHUL- UND BILDUNGSPOLITIK.

Überall waren riesige Rauchscheiden, Staub, auf die Köpfe fiel uns der Putz. [...] Die Deutschen verkrochen sich in verschiedenen Ecken und leisteten noch eine Zeit lang verzweifelt Widerstand, endlich begannen sie sich jedoch zu ergeben. In ihrem Äußerlichen unterschieden sie sich dabei kaum von unseren Soldaten. Die einen waren wie die anderen erschreckend verdreckt und mit einer dicken weißen Staubschicht bedeckt. Unbemerkt wurde es hell. Die Technische Hochschule gehörte endlich uns.“

So erinnert sich Leon Matek, Oberstleutnant der 1. Polnischen Armee an die Eroberung der heutigen TU Berlin am 2. Mai 1945. SS und Wehrmacht hatten sich auch hier verschanzt und gemäß der Losung vom „totalen Krieg“ einen sinnlosen Kampf „bis zum letzten Mann“ geführt. Matek war einer von 170.000 polnischen Soldat*innen, die sich an der Schlacht um Berlin beteiligten. Es war die letzte Schlacht vor der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und steht damit für das Ende des Zweiten Weltkriegs und der Verbrechen des deutschen Faschismus. Die äußerst verlustreichen Kämpfe um die Charlottenburger Chaussee, die heutige Straße des 17. Juni, nahmen nicht nur eine Schlüsselrolle in der Schlacht um Berlin ein, bei ihnen war auch der Anteil polnischer Kämpfer*innen besonders groß.

Diesen Beitrag zur Befreiung Europas vom Nationalsozialismus wollen die Vereinigung der Kombattant*innen der Republik Polen und ehemaliger politischer Häftlinge, der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) sowie der AStA TU Berlin würdigen.

Der Polnische Beitrag zum Kampf gegen den Faschismus

Die polnischen Soldat*innen, die an der Befreiung von Berlin und Charlottenburg teilnahmen, stehen dabei stellvertretend für die ca. 600.000 Soldat*innen, Partisan*innen und Untergrundkämpfer*innen, die vom Überfall Deutschlands auf Polen im September 1939 bis zum Kriegsende gegen den Faschismus kämpften. Insgesamt starben während des Zweiten Weltkriegs 6 Millionen polnische Staatsbürger – 22% der Gesamtbevölkerung.

Trotzdem wird ihnen in ihrem Heimatland heute wenig Anerkennung entgegengebracht. Denn die Kämpfenden waren oft Kommunist*innen und die Abgrenzung vom real-existierenden Sozialismus steht heute bei der Konstruktion einer nationalen Identität im Vordergrund. So kommt es, dass das Ende des Zweiten Weltkriegs in den Schulbüchern nicht als Befreiung, sondern Beginn einer neuen Besatzungsperiode durch Russland bzw. die UdSSR gedeutet wird und die Beteiligung pol-

nischer Kämpfer*innen oft verschwiegen oder geschmäler wird.

Gedenktafel an der TU Berlin

Der Kombattant*innenverein und der VVN-BdA traten an den AStA TU Berlin heran mit dem Wunsch, die Erinnerung an die Befreier*innen Charlottenburgs wachzuhalten. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion der Charlottenburger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) konnte eine Erinnerungsveranstaltung mit den polnischen Befreier*innen im Festsaal des Charlottenburger Rathauses am 7. Mai 2015 organisiert werden. Das Studierendenparlament beschloss in seiner 5. Sitzung einstimmig, dass die Studierendenschaft der TU Berlin sich für eine Gedenktafel einsetzen will. In einem Gespräch mit dem AStA äußerte sich auch das Präsidium der TU wohlwollend gegenüber dem Vorhaben, verwies jedoch auf die zu erwartende Entscheidung der BVV. Diese erwägt als Ort einer Gedenktafel neben dem TU-Campus auch den Karl-August-Platz und den S-Bahnhof Tiergarten als mögliche Aufstellungsorte.

Wir finden, dass eine Gedenktafel an der TU – egal wie und ob sich nun die BVV entscheiden wird – eine gute Idee ist. Die TU eignet sich aufgrund ihrer zentralen Lage, dem regen Publikumsverkehr und ihrer Bedeutung als öffentliche Einrichtung besonders für ein solches Vorhaben.

Und schließlich sind es genau die Menschen, an die hier erinnert werden soll, denen die Technische Universität die Möglichkeit eines Neuanfangs verdankt, nachdem ihre Vorgängerinstitution sich arisiert, gleichgeschaltet und in den Dienst des Krieges gestellt hatte. Als Konsequenz müssen wir dafür eintreten, dass heute alles Lernen und Forschen an der TU Berlin dem Ziel verpflichtet ist: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg.“



Am Anfang fehlten die Luft- und Raumfahrt-Masterplätze. Aus einer Unterschriftenaktion, initiiert von ein paar frustrierten Verkehrswesen-Bachelorabsolventen, die ohne 1er-Schnitt nicht weiter studieren konnten, entstand Ende 2013 eine wöchentliche Diskussionsrunde am Institut für Luft- und Raumfahrttechnik. Aus dem Wunsch, mehr Einfluss auf die Unipolitik zu nehmen, traten wir zur StuPa-Wahl 2014 zum ersten Mal als Liste „Sputnik“ an. „Sputnik“ ist russisch für „Begleiter“ und der Name des ersten Satelliten der Raumfahrtgeschichte.

Wir kannten die teilweise lächerlich niedrigen Wahl-

Stellvertreter zählen, schwierig, die sechs Sitze zu besetzen. Ein Problem, das alle Listen haben. Die ersten beiden Sitzungen dauerten dann jeweils weit über vier Stunden. In ihnen wurden zunächst viele Formalien abgehandelt und danach soweit die Hauptaufgaben des StuPas erfüllt: Die Wahl des AStAs und auf der zweiten Sitzung dann der Beschluss des Haushalts der Studierendenschaft. Dabei mussten wir uns erst an die förmlichen Gepflogenheiten wie die Zuteilung des Rederechts und die Bedeutung des GO (Geschäftsordnungs)-Antrags gewöhnen. Wie gut, dass ein Vertreter der Langzeitstudis immer die Satzung vor sich liegen hat,

lange der verfassten Studierendenschaft. Um Lehre und Studium beeinflussen zu können, traten wir dann Anfang 2015 zu den Gremienwahlen der akademischen Selbstverwaltung an und zogen in Institutsrat und Fakultätsrat ein.

Zu allen weiteren StuPa-Sitzungsterminen sind wir dennoch als eine der wenigen Listen vollzählig erschienen. Besonders frustrierend wurde es für uns, dass wir frühzeitig von der anstehenden Sparrunde an der TU gehört hatten und dazu einen Antrag ins StuPa einbringen wollten, um gemeinsamen Protest zu organisieren. Diese Einsparungen



Bild: Sputnik

Ein erstes Jahr im StuPa

DIE NEUE INI SPUTNIK BERICHTET, WIE SIE DAS STUDIERENDENPARLAMENT KENNENLERNT.



betreffen

beteiligungen bei Uniwahlen und wussten, dass wir ca. 35 Stimmen für einen Sitz im StuPa brauchen – ein realistisches Ziel. Es wurden 199 Stimmen, knapp 10%, und 6 der 60 Sitze im StuPa. Ein riesiger Antrittserfolg, mit dem wir kaum gerechnet hatten. Offensichtlich trafen wir mit unseren Wahlzielen wie „Masterplätze für alle“ und „gerechtere Leistungspunkte“ einen Nerv. Wahrscheinlich konnten wir mit dem Angebot einer eigenständigen Interessenvertretung für Luft- und Raumfahrer viele Nicht- und Neuwähler mobilisieren. Auch die Transparenz hatten wir damals schon als unser Thema entdeckt. Wir selbst merkten schnell, wie schwierig es sich gestaltet, aus Gremienprotokollen und Amtsblättern Informationen über die Unipolitik zu bekommen.

Zu den ersten beiden Sitzungen unserer ersten Legislatur, die Anfang des Wintersemesters 2014/15 stattfanden, wurden noch an alle unsere zwölf Listenmitglieder jeweils die 100-seitigen Einladungen verschickt. Ziemliche Papierverschwendung... Aber gut, dass wir so viele auf der Liste hatten: Es gestaltete sich schon mit den zwölf, die alle auch als

um nicht nur die Sitzungsleitung bei Unklarheiten zu beraten. Überhaupt sitzt mit uns im StuPa eine bunte Mischung aus vor allem Fachschaftsinitiativen, aber auch politischen Listen wie der Linken Liste und der PARTEI-Hochschulgruppe. Den Gepflogenheiten entsprechend, angesichts der langen Tagesordnung und in weiser Voraussicht hatten wir schon zur ersten Sitzung Bier mitgebracht...

Während unserer ersten beiden Marathonsitzung im StuPa konnten wenigstens noch einige interessante Themen diskutiert werden: Die Urabstimmung zum Semesterticket, das Dauerthema der Entlastung des RCDS-AStAs von 2006, der das StuPa bis heute beschäftigt, oder der umstrittene Austritt der TU-Studierendenschaft aus dem fzs, um einige Beispiele zu nennen. Danach folgte die Ernüchterung. Die meisten StuPa-Mitglieder dachten wohl, dass ihre Arbeit getan wäre. Es kam keine beschlussfähige Sitzung mehr zu Stande. Für Beschlussfähigkeit muss die Hälfte der 60 Mitglieder anwesend sein. Und wir merkten dann schnell, dass wir unsere Ziele im StuPa nicht verwirklichen können. Das StuPa kümmert sich ausschließlich um die Be-

doch alle Studierenden! Allerdings konnte unser Antrag mehrfach wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt werden und wurde schlussendlich nicht beschlossen, da er für die Kompetenz des StuPas wohl zu weit gehe. Schade! In den anderen Gremien merken wir, auf wie viel Gehör die studentische Stimme, die oft klein geredet wird, trifft. Das StuPa könnte für alle TU-Studis sprechen, war aber in dieser Form leider nicht in der Lage dazu. Auch als Austauschplattform hat es wenig getaugt, da es doch eine Art Lagerbildung zwischen AStA-Listen und den „nicht-tragenden“ Listen gab. Schade, dass uns keiner gefragt hat, ob wir nicht den AStA auch tragen wollen...

Zu unserer zweiten StuPa-Wahl sind wir dann schließlich mit einer Wahlbeteiligungs-, Anwesenheits- und Handlungsfähigkeits-Kampagne angetreten, was uns ehrlicher erscheint, als sich noble Ziele auf die Plakate zu schreiben, die man im StuPa eh nicht umsetzen kann. Damit konnten wir unser Ergebnis deutlich verbessern. Absolut haben uns fast doppelt so viele gewählt und wir sind nach Stimmen zweitstärkste Liste geworden. Jetzt sind wir gespannt auf unsere zweite Legislatur. Vielleicht verändert sich ja was.



Meinungsfreiheit, Münklerfreiheit.

**PROF.. MÜNKLER WANDELT
STUDI-KRITIK AN SEINEN
LEHRINHALTEN IN PR FÜR
SICH UM: KLARES PHÄNOMEN
DES EXTREMISMUS DER
MITTE, FINDET DAS REFERAT
FÜR BILDUNGSPOLITIK.**

Um „erbärmliche Feiglinge“ handle es sich bei den Verfasser*innen, um „Denunzianten“, die einen „asymmetrischen Kampf“ gegen ihn führten. Wahrscheinlich seien sie gar keine echten Studenten, sondern Trotzlisten oder aber es handle sich um eine Einzelperson, die sich nach Aufmerksamkeit sehne. Ihr Vorgehen erinnere wahlweise an 9/11 oder an „hochschulpolitische Vorgänge des Jahres 1933“.

So reagierte Herfried Münkler, Professor für politische Theorie an der Humboldt-Universität zu Berlin, auf den Studi-Blog „Münkler-Watch“ (<http://hu.blogspot.de/muenkler-watch/>). Aufgrund von Münklers politischen Tätigkeiten, unter anderem als Berater der Bundeswehr, und Äußerungen, die sie geeignet sahen, ein militärisches Vorgehen gegen Flüchtlinge zu legitimieren, machten sich linke Studierende daran, Münklers Vorlesung zu politischer Ideengeschichte im Sommersemester 2015 kritisch zu begleiten. Anhand der Inhalte, der Literaturlauswahl und des Vortragsstils versuchten sie, seine konservativen Positionen und seinen

Hang zur Verteidigung autoritärer Politik nachzuweisen. Für Münkler offensichtlich Grund genug, sich an die Rechtsstelle der Uni zu wenden, Studierende mit Nazis und Terroristen zu vergleichen und einen medialen Shitstorm zu entfachen...

Im Mai 2015 ließ kaum eine Zeitung das Thema unkommentiert. Selbst im Juli machte der Uni-Spiegel die eigentlich ausgereizte Story nochmal zum Titelthema.

Von Anfang an stand HU-Präsident Olbertz Münkler zur Seite: „[Die Blogger*innen] untergraben das Grundrecht des freien wissenschaftlichen Austauschs, sie sind verletzend, stillos und in der Tat feige.“ Zeitungen stürzten sich regelrecht auf die Affäre. Fast alle ergriffen Partei für Münkler, übernahmen dessen Einschätzung und schrieben von „Stalking“ (Uni-Spiegel) oder „stalinistischer Zensur“ (FAS). Die Geißel des Internets, die Kommentarbereich-Vollschreibenden, belagerte kurze Zeit später auch den Watchblog selbst.

Feige Meinungsfreiheitsfeinde?

Immer wieder herangezogen wurde der

Vorwurf der Feigheit, die sich im anonymen Vorgehen der Blogger*innen zeige. Mal abgesehen von den guten Gründen für die Anonymität – der Gefahr, dass die wissenschaftliche Karriere durch einen rachsüchtigen Professor, dem an der Verteidigung seines Standes gelegen ist, ruiniert wird, oder dass der Verfassungsschutz einen in irgendwelchen Karteien als extremistisch registriert – hat dieser Vorwurf doch einen Beigeschmack von Kasernenhofmoral, die auch in Zeiten des ferngesteuerten Drohnenkrieges noch an den alten Idealen von Tapferkeit, Männlichkeit und Ehrenhaftigkeit festhalten möchte, und trägt weder zur politischen noch zur juristischen Einschätzung der Vorgänge irgendetwas bei.

Im Vordergrund stand fast überall in der Debatte der Vorwurf, die Studierenden übten durch ihre Besprechung von Münklers Vorlesungen Zensur aus und schränkten seine Rede- oder wahlweise Wissenschaftsfreiheit ein.

Nur wenige Beiträge entzogen sich dieser Suggestion und bemerkten richtig, dass es sich bei Münkler um eine Person

des öffentlichen Lebens handelt, die unter anderem in zahlreichen Talkshows als Experte auftritt. Seine Vorlesung ist eine öffentliche Veranstaltung. Öffentlich Kritik und Ablehnung gegenüber einer solchen Person und ihren Positionierungen zu äußern, ist keine Zensur. Im Gegenteil ist sie selbst vom Recht auf freie Rede geschützt – ob anonym oder nicht. Zensur dagegen bezeichnet das Verbot öffentlicher Äußerungen durch staatliche Behörden.

Woher kommt der Trubel?

Sucht man nach einer Erklärung, wieso die ganze Geschichte überhaupt so viel mediale Aufmerksamkeit produzieren konnte, fällt auf: Sie bedient ein Muster das spätestens seit dem Streit um die „Thesen“ Thilo Sarrazins allgegenwärtig ist.

Eine gesellschaftlich bedeutende Person – Thilo Sarrazin als ehemaliger Chef der Deutschen Bundesbank und Berliner Finanzsenator, Münkler als maßgeblicher deutscher Militärgeschichtler und Politikwissenschaftler, Berater des Führungsstabs der Bundeswehrstreitkräfte und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik – wird für ihre gesellschaftliche Rolle und ihre Äußerungen von linken Kritiker*innen angegriffen. Sie inszeniert sich daraufhin als Opfer illegitimer Praktiken und bezeichnet die Kritiker*innen mit Hilfe haarsträubender 1933-Analogien und politischer Schlagworte als Extremisten. Münkler wirft dem Blog asymmetrische Kriegsführung vor (Zeit-Interview „Resentiments wie 1933“ vom 21. Mai 2015) und der Mann, der sich professionell mit dem Kriege beschäftigt, vergisst, dass Worte keine Splittergranaten sind und dass er selbst es ist, der nach wie vor am sehr viel längeren Hebel sitzt. Die Lage ist asymmetrisch, aber wohl kaum ist Münkler das in die Ecke gedrängte arme Opfer, als das er sich stilisiert.

Im Gegenteil sind die vermeintlichen Opfer hier die Haupt-Profiteur*innen des medialen Zirkus. Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ wurde nicht trotz, sondern wegen des öffentlichen Gegenwinds

zu einem der meistverkauften deutschen Sachbücher seit „Mein Kampf“. Und auch Münkler ist wohl kaum unglücklich, ein wenig studentische Kritik in breite Berichterstattung und Profilierung für sich umwandeln zu können.

Die Figur des unterdrückten Meinungsrebellen nimmt eine Schlüsselposition im Meinungskampf von Rechts ein. Denn leider ist es durchaus so, dass sehr viele Menschen in Deutschland politisch weiter rechts stehen, als es die als seriös eingestuften Medien oder die Rhetorik der Bundespolitik vermuten ließen. Dies wird von rechten Meinungsmachern als Beleg dafür gewertet, dass ihre Positionen unterdrückt würden. Jeder Vorstoß etablierter Personen des öffentlichen Lebens gegen Migrant*innen, Sozialleistungsempfänger*innen, den Feminismus oder linke Positionen im Allgemeinen wird als ein Tabubruch gefeiert, der einer Repräsentation des wahren Volkswillens zum Durchbruch verhelfen würde.

So kommt es, dass Münkler-Watch, neben den Etablierten aus Wissenschaft und Politik, vor allem von jenen Leuten skandalisiert wird, die lieber Flüchtlingsheime als Bundeswehrfahrzeuge brennen sehen.

Extremismus der Mitte

Genau das ist es, was die Blogger*innen in einem ihrer Texte als „Extremismus der Mitte“ bezeichnen, als deren Vertreter sie auch Münkler angreifen. Der Begriff geht zurück auf den amerikanischen Soziologen Seymour Lipset. Dieser trug damit der Tatsache Rechnung, dass der Nationalsozialismus mehrheitlich vom deutschen Mittelstand getragen wurde. Heute meint „Extremismus der Mitte“ im deutschen Diskurs im Anschluss an die Studien von Wilhelm Heitmeyer vor allem eine Verankerung extrem rechter Positionen in der als demokratisch verstandenen gesellschaftlichen Mitte. Eine grundsätzliche



Kritik an diesen Positionen und der gesellschaftlichen Praxis, die sie immer wieder hervorbringen kann, wird dabei bequem als linksextrem abgetan und kann so ignoriert werden. Kein Wunder also, dass fast alle Beiträge zum Fall Münkler-Watch in Presse und Rundfunk auf eine Auseinandersetzung mit den Inhalten der Kritiker*innen gänzlich verzichten.

Was bleibt, ist die Registrierung der Reizworte Rassismus, Sexismus oder Nationalismus, die auch bei Münkler-Watch regelmäßig fallen. Sie werden im öffentlichen Diskurs zumindest oberflächlich als problematische Denkmuster ernst genommen. Wenn dann aber tatsächlich eine Person aus der viel beschworenen Mitte der Gesellschaft mit einem entsprechenden Vorwurf konfrontiert wird, ist der Aufschrei groß. Es heißt dann etwa, es wäre völlig überzogen einen FDP-Politiker, der im Interview mit einer Journalistin deren Busen kommentiert, des Sexismus zu bezichtigen.

Dem liegt jedoch ein Missverständnis zu Grunde. Denn wer sich mit den Bewegungen, die Begriffe wie Rassismus und Sexismus geprägt haben, beschäftigt, identifiziert oder ihnen angehört, weiß, dass es sich dabei um Herrschaftsverhältnisse handelt, die der globalen politischen und gesellschaftlichen Form, mit der wir es heute zu tun haben, eingeschrieben sind. Wer Sexismus und Rassismus nicht will, der kann keine deutsche Großmacht, keine Bundeswehr, keinen Kapitalismus und damit auch keinen Münkler wollen.

Recht auf Wohnen oder Recht auf Gewinn?

DIE MIETPREISBREMSE VERSTÄRKE BLOSS DIE PROBLEME UND MIETER*INNEN- INIS SEIEN GEWALTBEREITE „LINKE TRÄUMER“, FINDET PROF. WELLNER UND MOTIVIERT DAMIT FOLGENDE REAKTION VON GUSTAV MÜHSAM.

Die unsichtbare Hand des Marktes beim gewaltfreien Anpassen der Mieten ohne staatlichen Eingriff in der Brunnenstr. 183, Herbst 2009. (Abbildung ähnlich)

In der *TU-Intern* vom Mai 2015 hat Kristin Wellner, Professorin am TU-Institut für Architektur, einen Artikel veröffentlicht unter der Überschrift „Was ist uns Wohnen wert?“

Ich als kritischer Student kann die dort versammelten Behauptungen und Angriffe gegen politisch engagierte Menschen nicht einfach stehen lassen. Im Sinne eines Diskurses will ich darauf antworten und würde mich über weitere Beiträge freuen.

Der Text von Kristin Wellner macht bemerkenswerte Aussagen, zum Beispiel:

„Initiativen wie ‚Stadt von unten‘ oder ‚Berliner Mietenvolksentscheid‘ [...] sind dem Lager der ‚linken Träumer‘ oder allgemein gewaltbereiten Gruppierungen zuordenbar, wo staatliche Verteilung alle Ungerechtigkeiten heilt.“

Wie bitte? Menschen, die dafür kämpfen, dass für die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen gesorgt wird, sind also nicht die, welche die Probleme lösen werden? Ja, kann sein, dass diese Menschen (noch) nicht die Problemlöser sind.

...aber bestimmt werden die Probleme Professor*innen oder Politiker*innen lösen, die – wie Frau Wellner in ihrem Text – ihre Gedanken auf so konkret wissenschaftlich nachweisbare Konzepte gründen wie die „unsichtbare Hand des Marktes“. Menschen also, die daran glauben, dass Gewinnstreben schon dafür sorgen würde, dass alle versorgt werden. Selbstverständlich sind sie das Gegenteil von Träumern. Und auch das Gegenteil von gewaltbereit. Denn für die Durchsetzung ihres Gewinnstrebens können sie auf

die Unterstützung der staatlichen Gewalt zählen, falls Leute doch mal anderer Meinung sind oder ihre Bedürfnisse einfordern.

Ich denke, der Zustand der Welt jetzt und auch früher widerspricht dieser Glaubensrichtung deutlich! Die Probleme werden durch solche Ideen im Gegenteil erhalten. Dass auch der Staat die Probleme nicht lösen wird bzw. kann, scheint historisch und aktuell ebenfalls bewiesen.

Trotzdem möchte ich noch kurz auf das Wellners Argument eingehen, dass das Geld, das der Staat für die Befriedigung des Bedürfnisses nach einem Dach über dem Kopf beisteuert, an anderer Stelle, wie z.B. Bildungs- und Hochschulfinanzierung, fehlen würde: Wie wäre es damit, überhaupt mal nennenswerte Steuerbeiträge vom Großkapital einzutreiben? Auf Kapitalerträge werden hierzulande gerade einmal 25 % Steuern erhoben. Das soll nicht mehr möglich sein? Warum – etwa weil Staat und Großkapital „Best Friends“ sind? Weil Deutschland dann im internationalen Wettbewerb der Kapitalnationen absteigen würde? Weil unendliches Gewinnwachstum irgendeine Quelle braucht? Es müsse halt Gewinner und Verlierer geben? Nein, muss es nicht!

Es ist natürlich, dass in unserem System hauptsächlich Leute, die konform gehen mit der lebewesenverachtenden Ideologie der herrschaftskapitalistischen Ordnung, in die Wissenschaftselite berufen werden. Dies scheint auch bei Professorin Dr. Kristin Wellner der Fall zu sein. Gut, ein paar wenige Prof-Querköpfe gibt es schon, aber auch nur zur Wahrung des Scheins. Einfluss auf die Entwicklung der

Gesellschaft haben sie kaum. Wenn es doch mal anders sein sollte, werden sie halt abgesägt.

Daher ist es umso wichtiger, dass Leute OXI! sagen, die etwas an der Gesamtscheiße ändern wollen. Zu dieser gehört auch die Existenz von Miete und Erhöhung der Mehrwertabschöpfung durch Miete.

Deswegen macht mit bei so Initiativen wie „Mietenvolksentscheid Berlin“ und dem Bündnis „Stadt von unten“! Werdet und bleibt aktiv! Startet weitere Initiativen. Die Welt lässt sich umgestalten! Was bleibt uns anderes übrig? Lasst euch von den angeblich schlauen Professor*innen, Politiker*innen oder sonst wem nicht für dumm verkaufen!

Sicherlich gibt es beim „Mietenvolksentscheid“ und beim „Bündnis Stadt von unten“ einiges zu kritisieren und zu verbessern, aber es kann ein Teil des Kampfes für Würde und Gerechtigkeit für alle auf der Welt sein!

Was ich gut fände:

- » Verbot von Gewinnen durch Miete oder Wohnungsbau
- » Legalisierung von Leerstand-Besetzungen
- » Aufbau von weiteren Wohnungssyndikaten nach Vorbild des Mietshäuser Syndikat | Zusammenschluss von selbstorganisierten Hausprojekten
- » Staatlich finanzierte Wohnbauprogramme ohne Einfluss von privaten Interessen (Der Staat zahlt derzeit so gut wie keine Zinsen auf Fremdkapital!)

Denkt meine Vorschläge gerne weiter, verbessert sie, ergänzt was fehlt! Nur gemeinsam schaffen wir es, die bessere Welt für alle aufzubauen!

Die Klassenfeindin ist da.

IM FACEBOOK-EVENT ZUM ASTA-SOMMERFEST 2015 KAM DIE HITZIGE DISKUSSION AUF, DASS DIE STUDI-ZEITUNG „ZUR QUELLE“ SICH AUS „YUPPIES“ UND „KLASSENFEINDEN“ ZUSAMMENSETZE. HIER BEKENNT SICH ZUR QUELLE ZU IHREM KLASSENSTANDPUNKT.

Viel zu selten steht man offen zu dem, was man ist. Zum Beispiel wenn man die Klassenfeindin ist. Die wenigsten Klassenfeindinnen geben sich als solche zu erkennen. Zumindest wenn es gute Klassenfeindinnen sind. Tatsächlich kann die Klassenfeindin die gegnerische Klasse nämlich sehr viel effektiver bekämpfen, wenn sie ihren Antagonismus nicht offen präsentiert, sondern subtil und heimtückisch gegen die Klasse arbeitet. Noch effektiver als der offene Kampf ist es, sich als indifferent oder gar als Klassenfreundin auszugeben. Wie die SPD etwa.



ZurQuelle-Stand beim
ASTA-Sommerfest 2015

ITZENÜBUNG



ZUR QUELLE

Wir aber outen uns ganz offen. Wir sind die Klassenfeindin. Möglicherweise können wir die verhasste Klasse so nur unzureichend bekämpfen, dafür aber umso öffentlicher agieren, weil wir uns öffentlichkeitswirksam als Klassenfeindin geoutet haben. Klassenfeindinnen aller Länder, aller Hochschulen und Bundesländer, Berlins und Brandenburgs: Vereinigt euch zum ewigen Kampf gegen die Arbeiterinnenklasse in ihren Fabriken. Nur da, Landarbeiterinnen, darbenende Mittelschichten und anderes Kleinbürgerintum müssen wir unterstützen, schließlich sind sie es, die den Keil in das besitzlose Proletariat treiben können. Sie wissen, dass sie auf kurz oder lang vom Kapitalismus geschluckt werden müssen. Weil das nun mal so ist.

Also, lest Marx rückwärts. Während der alte Weihnachtsmann aus seinem Londoner Exil nämlich weit entfernte Verhältnisse analysierte, um der Arbeiterinnen-schaft aller Länder Kampfmittel – und Hoffnung – an die Hand zu geben, hat er doch auch uns Klassenfeindinnen seine komplette Strategie verraten.

Nutzen wir sie gegen die Klasse und profilieren uns als linksliberale Hipsterinnen!

Als linksliberale Hipsterin darf man nämlich bunt sein und fröhlich, welt- offen und ironisch, anschlussfähig und universalistisch. Das ist geiler als das, was Marxistinnen sein dürfen.

Also, ihr Freundinnen der Klassen, die wir ablehnen, wir fordern euch zum Kampf. Duellieren wir uns bis auf die Knochen. Wie Lassalle, der alte opportunistische Arbeiterinnenführer – ein linksliberaler Hipster vor dem Herrn!

Inhaltsleer, Style over Substance, l'art pour l'art – ihr merkt es nicht, aber wir weilen schon lange unter euch. Wir unterwandern euch und die, die ihr vertreten wollt. Wir reißen die Macht an uns, ohne dass ihr es merkt. Und wenn ihr es merkt, dann spürt ihr den geballten Zorn des unpolitischen Hipsterintums.

**Verfeindete Klasse,
die Klassenfeindin ist da!**

Was ist, ist. Was nicht ist, ist möglich!

**EUROPA-POLITIK UND WIR?
WELCHE ROLLE SPIELT SOWAS AN
DEN BERLINER HOCHSCHULEN?
BEITRAG VON UNI GOES BLOCKUPY**

In ganz Europa kämpfen insbesondere junge Leute um ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben – für eine solidarische Perspektive in einer lebenswerteren Zukunft. Sie widersetzen sich Zwangsräumungen, Arbeitslosigkeit, geschlossenen Kitas, Personalabbau, rassistischen Übergriffen und Rechtspopulismus. Sie widersetzen sich als Teil einer unermüdlichen Bewegung, die auf Solidarität statt Konkurrenz setzt.

Angriff....

Der Angriff auf die übriggebliebenen sozialen Sicherungssysteme, auf die Bildungsinstitutionen, die sich nicht der ewigen Exzellenz widmen und auf das öffentliche Gemeingut ist unübersehbar. Ein Hauen und Stechen, um etwas vom Kuchen abzukommen hat schon längst begonnen, auch hier in Deutschland, auch hier in Berlin. Die Angst vor Armut und sozialem Abstieg führt zu Vereinzelung – zu rassistischen Handlungen, zu Abgrenzung, Unsicherheit, Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit.

...führt zu Widerstand!

Die Hochschule existiert und arbeitet nicht im luftleeren Raum. Als große Ausbildungsstätte, als Wissensgarant und -lieferant, als gesellschaftlicher Ort sind wir – ob wir wollen oder nicht – auch mit Betreten des Campus nicht losgelöst von dem, was da draußen alles passiert. Egal ob in Athen, Kobanê, Frankfurt oder am Oranienplatz – es gibt ihn: den Widerstand und den Willen, sich einer scheinbar ausgeweglosen Situation entgegenzustellen!

Ein Blick in den Süden Europas...

Die dramatische Entwicklung in Griechenland, aber auch in Spanien und Portugal, ist wesentlich beeinflusst von einer menschenverachtenden Verelendungs- und Sparpolitik *made in Germany* und vollstreckt von der Troika, beziehungsweise „den Institutionen“ Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds und Europäische Kommission. Trotz Widerstand, Aufbruch, Regierungswechsel, OXI sind die Länder des Südens bis heute

gezwungen, noch ihre letzten Krankenhäuser zu privatisieren, einzusparen, wo es nur geht, und den deutschen Einfluss zu ertragen. Für viele bedeutet dies beispielsweise die Entscheidung zu fällen: lebensnotwendiges Medikament oder Mittagessen. Es heißt, Tag für Tag zu bangen, ob morgen noch etwas aus dem Geldautomaten kommt und ob die Wohnung dann noch bezahlbar ist.

Hier ist es eine ganze Gesellschaft, die sich unübersehbar unterzuordnen hat gegenüber einer brachialen kapitalistischen und neoliberalen, staatlich verordneten, marktkonformen Verwertungslogik und Ideologie. Mit einer gewaltigen Solidarität innerhalb der Gesellschaft und einem demokratischen Aufbruch trotzen die Menschen in Griechenland diesem Leben, in dem sie gehalten werden als „die Schuldigen“ einer Krise und einer Verschuldung, die sie nicht verursacht haben! Vor der Kraft ihrer Bewegung haben wir Respekt – ihrem Ruf nach Solidarität durch Handeln haben wir begonnen zu folgen und werden dies weiter tun!

...und vor die eigene Haustür!

Denn, was in Griechenland zu sehen ist, ist ein Angriff auf alle Menschen in Europa! Das Mäntelchen aus „gemeinsamen Werten“, „Solidarität“ und „Demokratie“, das sich EU-Europa so gerne umhängt, ist endgültig fadenscheinig und rissig geworden. Europa ist politisch bankrott und alle wissen: Es war die deutsche Bundesregierung. Es waren Wolfgang Schäuble und Angela Merkel, die gestützt auf einen nationalistischen Konsens der deutschen Mehrheitsgesellschaft, ihre Linie der gnadenlosen Demütigung in Europa durchgesetzt und die schüchternen Einsprüche aus Italien und Frankreich zur Seite geschoben haben. Doch die hier betriebene Politik zerstört nicht nur munter weiter die Länder des Südens – der autoritäre Kapitalismus bestimmt auch die deutsche Lebensrealität in Form von Hartz IV, Privatisierung, steigenden Mieten und Prekarität.

Bricht man es herunter, sind die ungenügende Tutor*innenausstattung, die steigenden Semesterticketkosten sowie die schlechte Betreuungsrelation zwischen Prüfungsamt und uns Studis Teil einer Sparlogik und einer „ganz normalen Entwicklung“, die wir schlucken sollen. Unsere Bildung dient dem in Verträgen festgehaltenen Ziel, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“, und nicht der Frage, wie wir eine gemeinsame Zukunft entwickeln wollen und können. Unsere Hörsäle werden immer voller, während das Lehrangebot immer schmaler wird. Unsere Bafög-Vorschriften werden strikter und unsere Ausgabenseite höher.

Unser Widerstand gegen diese Autorität!

Unsere demokratischen Entscheidungen werden nicht respektiert – ob TTIP oder OXI. Der Schein der europäischen Demokratie ist angezählt. Dennoch lassen sich viele nicht entmutigen. Wir sagen OXI! Wir wollen und werden nicht ignorieren, wenn die nächsten Angriffe kommen – gegen uns, gegen unsere Freund*innen in Griechenland oder Spanien, gegen unsere geflüchteten Freund*innen, gegen unsere Nachbar*innen, gegen Illegalisierte und die Unsichtbar-Gemachten, gegen die Streikenden und Prekarisierten. Wir laden alle ein, mitzumachen und zu sagen: Nein! OXI! Es reicht!

Die politische Situation zwingt uns, neue Antworten zu suchen. Wir haben alle nicht die eine Lösung – aber wer hat die schon? Wir haben uns schon lange verabschiedet von dem Glauben an die Regierenden, die angeblich probieren, in unserem Interesse die Situation zu retten. Wir organisieren uns an den Hochschulen, in unseren Straßen und Kiezen – wir bauen Kliniken auf, wo sie eingerissen werden, wir bilden uns da, wo uns Bildungsmöglichkeiten genommen werden, wir besetzen Plätze, von denen wir geräumt werden, wir nehmen uns die Straße, wo wir nicht dürfen, wir bleiben solidarisch, wenn die Hetze kommt, wir sind immer da, wenn der nächste Angriff kommt. Wir sehen, wie die Welt versinkt, wie neue Kriege, neue rechte Ideologen und alte Eliten funktionieren; wie Freiheit, Menschen-, Bildungs-, Bleiberechte für alle und Emanzipation weiter zerstört werden. Deshalb gehen wir gemeinsam auf die Straße und sind so unbequem wie nur möglich – ob in Frankfurt, Madrid oder Athen! Ob in Istanbul oder Berlin!

An den Hochschulen Berlins haben wir uns mit der Initiative „Uni goes Blockupy“ einem Projekt angeschlossen, das seit vier Jahren europäisch koordiniert und inhaltlich bestimmt Krisenakteure markiert. Blockupy ist Teil eines europaweiten Netzwerks vielfältiger Bewegungen, Gewerkschaften, Parteien und Flüchtlingsinitiativen aus Italien, Spanien, Griechenland, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Frankreich und weiteren Ländern. Gemeinsam bauen wir auf die Kraft der Bewegungen, der Straße und der Initiativen. Zusammen wollen wir eine europäische Bewegung schaffen, einig in ihrer Vielfalt, die die Macht des Krisenregimes und der Austeritätspolitik überwindet und damit beginnt, Demokratie und Solidarität von unten aufzubauen sowie Grenzen abzubauen und zu überwinden und zum Einsturz zu bringen.

Als „Uni goes Blockupy“ beteiligen wir uns konkret an der Berliner Blockupy-Plattform und laden alle herzlich ein, einfach mal mit vorbei zu kommen. Mitdiskutieren, mitmachen Europa von morgen anders machen! Sagen wir OXI! Schreiben wir es an jede Hauswand, auf jede Straße, in jede Bahn! It's time to resist, europäischer Widerstand gegen die ganze Scheiße, gemeinsam und nicht allein! Deutschland, du mieses Stück Scheiße, deine Zeit läuft ab.



Am 21. Mai 2015 hängten Studis ein Transparent am Hauptgebäude vor dem Semesterticket-Büro auf, um auf eine antifaschistische Demo am 6. Juni hinzuweisen. Am nächsten Morgen entfernten Securitys das Transparent ohne Absprache, da es ein „Sicherheitsrisiko“ darstellen würde.

» asta.tu-berlin.de/aktuelles/antifaschismus-als-sicherheitsrisiko



Die Pressestelle der TU fand die Idee aber anscheinend ganz gut. Am 19. Juni 2015 hängte sie ein noch größeres Transparent an dieselbe Stelle, das Queen Elizabeth II. abbildet. Immerhin: Als 18-Jährige trat diese 1945 der British Army bei, die gegen den Hitler-Faschismus kämpfte.

Am 24. Juni 2015 fand dann die Queen's Lecture erstmals seit 50 Jahren wieder in Anwesenheit der Queen statt – genau wie vom AstA im Rahmen seiner Vorschläge für eine „Monarchisierung der Hochschule“ am 1. April 2015 gefordert.

» asta.tu-berlin.de/node/793

September

Gegendemo zum fundamentalistischen 1.000-Kreuze-Marsch

» Samstag, 19.09.15

Oktober

Wahl der autonomen Referate

» Donnerstag, 15.10.15, um 15 Uhr im
AStA-Plenarium (TK 130)
» mit veganem Kuchen

November

Exkursion zur Ausstellung „Homosexualitäten“

» Donnerstag, 12.11.15
» Das Frauenreferat übernimmt den
Eintritt für alle. Anmeldungen:
frauenreferat@asta.tu-berlin.de

Dezember

Buchlesung „eingeschrieben. Zeichen setzen gegen Rassismus an deutschen Hochschulen“

» Donnerstag, 03.12.15, Ort folgt auf der
Homepage

Januar

Film „Vulva 3.0“

» in Anwesenheit der Regisseurinnen
Claudia Richarz und Ulrike Zimmermann
» Ort & Datum folgen auf der Homepage

Februar

Film „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt“

» Mittwoch, 10.2.16, um 18 Uhr im AStA-
Plenarium (TK 130)
» inkl. filmisch dokumentierte Diskussion
von Schwulen-Aktivist*innen aus den 70er
Jahren über den Film



Kontakt

» asta.tu-berlin.de/asta/frauen
» frauenreferat@asta.tu-berlin.de

Ganz schön Fref?!

AUTONOM - FRAUEN - STERNCHEN. HIER KLÄREN WIR EINIGE FRAGEN ANS FRAUEN*REFERAT.

„Fref“ – was soll das sein?!

Das Frauen*referat (F-Ref, gesprochen „eff-reff“) ist ein autonomes Referat und als solches Bestandteil des AStA TU Berlin. So vielfältig und bunt wie die Themen, die im F-Ref behandelt werden, sind auch die Menschen, die sich hier engagieren.

„Autonom“ so wie in Steine-Schmeißen und nachts Autos anzünden?

Nicht ganz. „Autonome Referate“ sind in die AStA-Struktur auf eine Weise eingebunden, die ihnen ein eigenständigeres, *autonomes* Handeln ermöglicht als anderen Referaten. Während zum Beispiel das Finanz- oder das Öffentlichkeitsreferat des AStA in ihrem Agieren stark an den Gesamt-AStA und das Studierendenparlament gebunden sind, sollen autonome Referate vor allem der durch sie vertretenen Gruppe verantwortlich sein. Neben dem Frauen*-Referat sind auch noch das Queer-Referat und das Referat für Internationale Studierende autonom.

Und was macht so ein „Frauen-Sternchen-Referat“?

Wir setzen uns ein für die Förderung und Gleichstellung von Frauen* aller kulturellen und sexuellen Identitäten. Das *-Sternchen steht dafür, dass wir nicht nur Frauen ansprechen, die ihrem biologischen Geschlecht nach Frauen sind bzw. als Frauen gelesen werden.

Wir verstehen uns als Anlaufstelle für Studentinnen*, die – gleich welcher Art und Weise – von Diskriminierung betroffen sind, aber auch als Ort für Studentinnen*, die sich feministisch engagieren möchten oder Fragen zu Mädchen-Kram haben etc. Unsere Räume stehen erstmal jeder offen.

Wir möchten frei über Sexismus, Rassismus, Heteronormativität, Homo- und Transphobie lästern können, uns gegenseitig stärken, zuhören, aber auch diskutieren und nachfragen dürfen. Gerade an einer männerdominierten Uni



wie der unseren ist es wichtig, sich auch mal in die Alternative zurückziehen zu können.

Wie kann mensch euch denn besser kennenlernen?

Zu unseren Treffen sind alle herzlich eingeladen – wir werden in der Legislatur 2015/16 jeden Monat ein Brunch-Plenum machen, also gemeinsam ausgedehnt frühstücken, quatschen, tratschen, politisieren und organisieren, was uns bewegt und was wir verändern wollen!

Den regelmäßigen Termin legen wir gemeinsam auf der *Wahl der autonomen Referate am Donnerstag, 15.10.15, um 15 Uhr im AStA-Plenarium* fest. Komm dahin, wenn du mit darüber entscheiden möchtest!

Brunch klingt nett, aber ich weiß nicht so sicher, ob ich mir wirklich ein Plenum geben will...

Neben dem Brunch wird es auch zweiwöchentlich eine Sprechstunde geben, zu der du kommen kannst, wenn du Fragen, Anregungen oder Probleme hast, wenn du jemanden zum Reden brauchst oder eine Veranstaltung mit uns organisieren möchtest oder oder oder.

Die Sprechstunden werden jeweils zu Beginn des Semesters festgelegt, wenn wir unsere Stundenpläne haben, und ihr findet sie dann auch auf der Homepage.

Cool! Wenn ich nicht bloß eine imaginäre Interview-Führerin wäre, würde ich definitiv vorbeikommen!



„Grüne“ Woche demaskieren!

DIESES JAHR WURDE DIE GRÜNE WOCHE KRITISCH BEGLEITET. RÜCKBLICK: UMWELTREFERAT UND ANIMAL-UNI

Urwaldzerstörung, Landgrabbing, Monokulturen, Korruption, Bodendegradation, Biozide, Folter, Grundwasserverseuchung, industrialisierter Tiermord, Zerstörung der Märkte und der Existenzgrundlagen des globalen Südens, ...

Die Liste mit Argumenten gegen das bestehende kapitalistische Landwirtschaftssystem Deutschlands und Europas ist lang – sehr lang – und entsprechend stark ist der Zuwachs an Unmut in der Bevölkerung, auch hierzulande. Das bekommen auch die Lobbyverbände der Landwirtschaft zu spüren.

Mit „grünen“ Image-Kampagnen soll ein harmonisches Bild dieser blutigen Industrie erzeugt werden, sollen die Verbrauchenden künstlich beruhigt und zu mehr Konsum mit gutem Gewissen überredet werden. An den kritisierten Zuständen ändert sich in der Realität aber nichts.

Eine wichtige propagandistische Stütze dieser mensch-, tier- und naturverachtenden Industrie ist die jährlich stattfindende Internationale Grüne Woche in Berlin. Umweltschutz- und Tierrechtsorganisationen wollen diese jedoch nicht kommentarlos hinnehmen. Seit einigen Jahren werden die Proteste nun auch von der Straße direkt auf das Messegelände getragen.

Neben den zahlreichen spektakulären Aktionen sowie Kundgebungen und anderen, kreativen Protestformen ist es ebenso wichtig, einzelne Kritikpunkte aufzugreifen, zu erläutern und Alternativen aufzuzeigen.

Im Januar 2015 organisierten Animal Uni, das Aktionsbündnis Grüne Woche demaskieren!, der Bund für Vegane Lebensweise und das Umweltpolitische Referat des AstA eine Veranstaltungsreihe an der TU Berlin. Themen waren Menschenrechtsverletzungen, Gentechnik und Korruption, die manipulativen Methoden der Werbeindustrie, solidarische Landwirtschaft, bio-veganer Landbau, Tierethik, Bio-Tierhaltung und Möglichkeiten zum politischen Widerstand.

Auch für das Jahr 2016 sind wieder Veranstaltungen an der TU geplant, um der blutigen Propaganda der Grünen Woche etwas entgegenzusetzen. Die Kampagne ist, im Gegensatz zu den hochbezahlten Lobbyverbänden, auf das unentgeltliche Engagement zahlreicher Aktivist*innen angewiesen.

Wenn du also Lust hast mitzumachen oder weitere Ideen für Aktionen einbringen möchtest, dann melde dich bei:

» animal-uni-info@riseup.net

» umwelt@asta.tu-berlin.de

» gruene-woche-demaskieren.de

Das AstA-Info

Das AstA-Info wird semesterweise herausgegeben vom Allgemeinen Studierendenausschuss (AstA) der Technischen Universität Berlin, vertreten durch den*die Vorsitzende*n. Die Gestaltung erfolgt durch das Öffentlichkeitsreferat. Die Artikel geben nicht zwingend die Meinung des AstA oder gar der ganzen Studierendenschaft wieder. Die Bildrechte verbleiben bei den Fotograf*innen. Wenn ihr Artikel fürs nächste AstA-Info schreiben wollt, Anregungen oder Kritik habt, meldet euch beim Öffentlichkeitsreferat des AstA!

» asta.tu-berlin.de/asta/oeffref

Anschrift

» AstA TU Berlin (Sekt. TK 2)

Straße des 17. Juni 135

10623 Berlin

Web

» presse@asta.tu-berlin.de

» asta.tu-berlin.de

» twitter.com/astatu

Diese Ausgabe

» Redaktionsschluss: 31. August 2015

» Drucklegung: 9. September 2015

» Druck: Dreigroschendruck Berlin

» Auflage: 6000 Stück

» Umsetzung: Ben (mrkeks.net)

» Dank an:

Anna, Bonnie, Charly, Christian, Gustav, Gutti, Hannah, Kai, Leo, Lion, Maik, Marcel, Max, Pat, Patty, Rico, Robert, Steffi, Stephan, Tom, Tony

LETZTES BILD



